

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Mobilität und Verkehr

36. Sitzung
22. Mai 2024

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 16.37 Uhr
Vorsitz: Lars Bocian (CDU), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl der/des Vorsitzenden

Rolf Wiedenhaupt (AfD) beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Der **Ausschuss** führt eine geheime Wahl durch.

Vorsitzender Lars Bocian gibt bekannt, dass der von der AfD-Fraktion für den Vorsitz vorgeschlagene Rolf Wiedenhaupt (AfD) vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Der **Ausschuss** vertagt den Tagesordnungspunkt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, welche konkreten Planungen der Senat für das Bauvorhaben „Ersatzneubau der Hellersdorfer Brücken“ verfolge.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) antwortet, die beiden Brücken hätten eine wichtige Verbindungsfunktion. Sie würden rück- und neu gebaut, um gefährliche Engstellen für den Fuß- und Radverkehr zu beseitigen. Zudem sei die Traglast der Brücken unzulänglich. Vorgesehen sei ein Baubeginn Ende 2025. Zu den konkreten Planungen werde am 28. Mai eine Infoveranstaltung im Besucherzentrum der Gärten der Welt stattfinden.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um Auskunft, mit welcher Bauzeit der Senat rechne und ob es eine Totalsperrung oder einen einstreifigen Verkehr geben solle.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) legt dar, es werde eine Vollsperrung der Eisenacher Straße geben. Die Bauzeit werde ambitioniert mit anderthalb Jahren kalkuliert, da es sich um eine wichtige Verbindung handle und die Umfahrung beschwerlich sei.

Johannes Kraft (CDU) erkundigt sich nach dem aktuellen Planungsstand der U-Bahn-Verlängerungen der U 2 nach Pankow-Kirche und der U 9 zum Blankenburger Süden.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) teilt mit, dass am 17. Mai die Ausschreibung für einen Dienstleister veranlasst worden sei, die bis zum 4. Juli laufe. Es gehe um eine Grundlagenuntersuchung inkl. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Verlängerungen Pankow–Pankow-Kirche sowie vom U-Bahnhof Osloer Straße in Richtung Blankenburger Süden durch einen externen Dienstleister.

Johannes Kraft (CDU) stellt die Nachfrage, ob auch die potenzielle Verlängerung der U 2 mitbetrachtet werde, denn Umsteigebeziehungen am Kreuzungsbahnhof würden sich massiv auf die Fahrgastzahlen auswirken.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) erklärt, im weiteren Verlauf dieser Untersuchung werde sich zeigen, was dies für die weiteren Verlängerungen bedeute. Der Auftrag in den Richtlinien der Regierungspolitik werde ernst genommen, man gehe hier einen Schritt nach dem anderen.

Antje Kapek (GRÜNE) bezieht sich auf Berichterstattung zur Kritik am laufenden TVO-Planfeststellungsverfahren. Wie wolle der Senat ein positives Kosten-Nutzen-Ergebnis für die NVT sicherstellen? Denn die Verlegung der Gleise werde nur mit erheblichen Kosten möglich sein, da die Straßenverbindung auf der ursprünglichen NVT-Trasse geplant sei.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) bemerkt, dass ihr aktuell keine Berichterstattung dazu bekannt sei. Es habe einen Senatsbeschluss gegeben. Man befinde sich mitten im Verfahren. Sie sehe keine Besonderheiten.

Antje Kapek (GRÜNE) erwidert, dass die Frage nicht beantwortet worden sei. Zum Planfeststellungsverfahren habe es Berichterstattung in der Tagespresse gegeben. Inwieweit werde SenMVKU ein positives Ergebnis bei der Kosten-Nutzen-Analyse, das die Realisierung der NVT ermögliche, sicherstellen?

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) betont, Berichterstattung über Aussagen im politischen Raum ändere nichts an der Aktualität des Vorhabens. Es gebe einen Senatsbeschluss und ein Planfeststellungsverfahren, das plangemäß laufe und in dem die not-

wendigen Untersuchungen stattfinden. Daher sehe sie keine Veranlassung, in der Sache etwas anderes zu sagen.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) berichtet, das Ausschreibungsverfahren für einen Dienstleister zum Masterplan Mitte sei mit der Auswahl des renommierten Büro Happold erfolgreich abgeschlossen worden. Das Berliner Team bearbeite Projekte der integrierten Stadtentwicklung, Fragen der Mobilitätsplanung und Nachhaltigkeit und verfüge über mehrjährige Erfahrungen in der interdisziplinären Projektarbeit. Der Vertragsschluss solle noch in dieser Woche erfolgen. 2024 werde eine Bestandsanalyse, 2025 eine breit angelegte Beteiligung von Bürgern, Gewerbe und Gastronomie erfolgen. Der Abschluss des Verfahrens sei für Ende 2025 vorgesehen.

Der deutsch-polnische Kulturzug fahre bis zum Jahresende wieder an jedem Wochenende. Es handele sich um ein sehr gutes und wichtiges berlin-brandenburgisches Projekt für Begegnungen und Interkulturalität. SenMVKU finanziere die Verkehrsleistung, die SKzI das Kulturprogramm. Der Zug erschließe auch Orte, in denen ICEs nicht hielten.

Vorsitzender Lars Bocian weist darauf hin, dass sich der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien heute ebenfalls mit dem Kulturzug befasst habe.

Lucas Schaal (CDU) fragt, wie SenMVKU bewerte, dass der Bezirk die befriedigende Wirkung des Masterplanverfahrens nicht abwarte und schon einseitig Maßnahmen zur Verkehrsstilllegung oder zum Ausschluss einzelner Verkehrsträger durchführe. Er verweise auf die Pläne für die Niederwallstraße und die Charlottenstraße.

Antje Kapek (GRÜNE) erkundigt sich, weshalb Senator Evers nicht an der Sitzung teilnehme. Angesichts der schwierigen Haushaltsverhandlungen und der Sorge in der Stadt, welche Auswirkungen die anstehenden Kürzungen auf die Verkehrssicherheit und das ÖPNV-Leistungsangebot hätten, wäre die Anwesenheit des zuständigen Senators zu begrüßen gewesen.

Linda Vierecke (SPD) bemerkt, dass der Kulturzug ein wichtiges Projekt für die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sei und die Bedeutung eines gemeinsamen Europas unterstreiche. Inwieweit könne die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden, um das Projekt bekannter zu machen?

Kristian Ronneburg (LINKE) schließt die Frage an, wie das Projekt angesichts geteilter Zuständigkeiten und viele Akteure künftig mehr Planungssicherheit erhalten könne, damit nicht immer wieder neu darum gerungen werden müsse. Es solle auch eine Verbindung nach Warschau ausprobiert werden.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) legt dar, dass SenMVKU beim Masterplan auf eine enge Zusammenarbeit mit SenStadt und Bezirk setze. Die Untersuchung werde ein professionelles Büro vornehmen. Auch die Bürgerbeteiligung müsse man ernst nehmen. In der Zwischenzeit sollten keine Vorfestlegungen getroffen werden, die diesen Prozess konterkarierten. Sie habe den zuständigen BzStR informiert, dass jetzt keine Projekte gefördert würden, mit denen eine Vorfestlegung verbunden wäre, und ihn gebeten, Teileinziehungen von Straßen für diesen Zeitraum zu unterlassen; SenMVKU hätte dann als Widerspruchsbehörde darüber zu entscheiden.

Senator Evers führe nur vorübergehend die Geschäfte der SenMVKU. Es sei durchaus üblich, dass eine Senatsverwaltung durch die zuständigen Staatssekretäre im Ausschuss vertreten werde. An der nächsten Ausschusssitzung werde die neue Senatorin teilnehmen.

Die Öffentlichkeitsarbeit für den Kulturzug erfolge durch die DB AG und die Kulturprojekte GmbH. Wünschenswert wäre eine stärkere Nachfrage von polnischer Seite, um den Begegnungsaspekt mehr mit Leben zu füllen. An der Erhöhung der Attraktivität der Verbindung werde gearbeitet. Die Finanzierung erfolge durch Berlin und Brandenburg, eine Beteiligung des Bundes wäre zu begrüßen. Im Hinblick auf die notwendigen Abstimmungen mit Brandenburg könne sie keine langfristige Planungssicherheit geben.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet zum Masterplanverfahren um Erläuterung, welche Maßnahmen bis zum Abschluss der Bürgerbeteiligung nicht getroffen werden sollten.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) stellt klar, sie habe die Erwartung gegenüber dem Bezirk kommuniziert, dass Teileinziehungen in diesem Zeitraum unterbleiben sollten, denn Kiezblocks würden sich auf das Straßennetz auswirken, sodass der Masterplan keine verlässliche Grundlage hätte.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, ob bereits geplante Kiezblocks in diesem Zeitraum nicht ausgeführt und erst einmal angehalten werden sollten.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) antwortet, dass Ergebnisse des Masterplanverfahrens, das ergebnisoffen sei, bis Ende nächsten Jahres erwartet würden. In diesem Zeitraum sollten keine Fakten geschaffen werden.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0144](#)
Mobil
Taxiverkehr am Flughafen BER – Wie steht es um die Laderechte und einen einheitlichen Flughafentarif?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0177](#)
Taxiverkehr am Flughafen BER – Wie steht es um
die Laderechte und einen einheitlichen
Flughafentarif?
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) Mobil

Hierzu: Anhörung sowie Auswertung der Anhörung vom 16. März 2022

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0241](#)
Bericht zu den vorläufigen
Verfügungsbeschränkungen und geplanten
Kürzungen im Haushalt für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt für das Jahr 2024 zur
Umsetzung der Sparvorgabe zur Erbringung der
Pauschalen Minderausgabe
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) Mobil

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) führt aus, dass SenMVKU eine Einsparvorgabe von 130 Mio. Euro beim ÖPNV habe und wie alle anderen Verwaltungen noch 2 Prozent zur Auflösung der PMA erbringen müsse. Dem Hauptausschuss sei bis Ende Juni dazu zu berichten. Alle Verwaltungen seien aufgerufen, der SenFin Vorschläge zu übermitteln. Insofern befinde man sich noch in einem laufenden Prozess. Es wäre unseriös, jetzt Details zu nennen. Einzelne Punkte würden auch noch mit der neuen Senatorin abgestimmt. Das Ziel sei ambitioniert, sodass alle Einsparbereiche abgeklopft würden, insbesondere Bereiche, in denen eingestellte Mittel absehbar nicht in dieser Höhe gebraucht würden. Die BVG erbringe im laufenden Jahr weniger Busleistungen, sodass sich Einsparungen ergäben. Gleiches gelte für ausgefallene S-Bahn-Leistungen aufgrund von Streiks sowie für Projektverzögerungen. Die Sanierung und der Ausbau der Infrastruktur, die Verkehrssicherheit und ein leistungsfähiger ÖPNV hätten Priorität. SenMVKU werde wie andere Verwaltungen auch schmerzhaft Eingriffe vornehmen und Prioritäten setzen müssen.

Daniel Wesener (GRÜNE) erwidert, dass die Einsparungen schnellstmöglich offengelegt werden sollten, damit die Betroffenen, vermutlich die BVG, Planungssicherheit hätten. Er verweise auf die Transparenzpflicht gegenüber dem Parlament. Die 130 Mio. Euro beträfen so relevante Ansätze wie die Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr, Leistungen des innerstädtischen ÖPNV und die Zuschüsse für Investitionen in den ÖPNV. Welcher Anteil könne durch nicht abfließende Mittel erbracht werden? Bei welchen Projekten solle gekürzt werden? SenMVKU habe wie alle Fachverwaltungen bis zum letzten Freitag Vorschläge für die Auflösung der PMA titelscharf vorlegen müssen. Insofern sei widersprüchlich, wenn die Staatssekretärin ausführe, dass man sich noch im Verfahren befinde. Die Absprache im Senat, die Vorschläge bis Ende Juni nicht zu kommunizieren, sei nicht nachvollziehbar, zumal zwei Fachverwaltungen, SenInnSport und SenStadt, bereits Zahlen öffent-

lich kommuniziert hätten. Zudem kürze der Senat mit dem zweiten Nachtragshaushalt ursprünglich geplante SIWA-Zuführungen für den Fuß- und Radverkehr; die Behauptung, dass diese aus dem SIWANA kompensiert werden könnten, glaube er erst nach dem Beschluss im Hauptausschuss, denn da sei nicht „so viel Luft“.

Kristian Ronneburg (LINKE) fügt hinzu, dass SenMVKU unbesetzte Stellen nicht neu aus-schreiben wolle, um Personalkosten zu sparen. Welche Einsparung an Personalmitteln sei zu erwarten, und welche Abteilungen seien betroffen? Wie sei es zur Einsparvorgabe der 130 Mio. Euro gekommen? Wie solle die PMA von 2 Prozent aufgelöst werden? Schmerz-hafte Eingriffe seien angekündigt, daher fordere er, Transparenz herzustellen, wie dies andere Senatsverwaltungen getan hätten. Er konstatiere, dass im Ausschuss schon zum zweiten Mal eine Diskussion über die Pläne nicht ermöglicht werde. Welcher Betrag werde in dem Titel für das 29-Euro-Ticket übrig bleiben? Inwieweit werde dieses Ticket in Anspruch genommen, und welche Reserven seien möglicherweise vorhanden? Welche Auswirkungen werde der Nachtragshaushalt auf den Einzelplan 07 und die VE haben?

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) betont, dass die Exekutive gegenüber dem Parlament auskunftspflichtig sei und bis Ende Juni berichten werde; die Zeit bis dahin sei relativ überschaubar. Beim Thema PMA sei man in der Haushaltswirtschaft; die Abstimmungsverfahren seien ein normales Prozedere. Es gebe die Verabredung, dass die Senatsverwaltungen nichts kommunizierten. Was andere machten, wolle sie nicht bewerten. Die 130 Mio. Euro seien nicht aus der Luft gegriffen. Anfang des Jahres habe man erste Prognosen gemacht und jetzt im Mai ein konkreteres Bild. Die BVG funktioniere, es sei mitnichten so, dass der ÖPNV eingestellt würde; man werde vielleicht irgendwo irgendwas nicht machen, was man sonst vorgesehen hätte.

Kristian Ronneburg (LINKE) beantragt, den TOP zu vertagen.

Daniel Wesener (GRÜNE) konstatiert, dass die Fragen zum Nachtragshaushalt nicht beantwortet seien. Im Übrigen sei das Prozedere nicht normal. Werde der Senat für 2025 zu einem normalen Verfahren zurückkehren? Sei ein dritter Nachtragshaushalt geplant?

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) macht geltend, dass andere Bundesländer und der Bund ebenso vor massiven Herausforderungen stünden. Man bekomme auch zu spüren, dass Bundesförderungen wegfielen. Mit dieser Entwicklung müsse man verantwortungsvoll umgehen. Dies geschehe mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und Gründlichkeit.

Im Weiteren vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0267](#)
Gesamtstrategie Ladeinfrastruktur Mobil
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0180](#)
Ausbau Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum in Berlin Mobil
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0149](#)
Erstellung eines Ladeinfrastrukturkonzeptes Mobil
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Zu b) und c): Auswertung der Anhörung vom 17. Januar 2024

Johannes Kraft (CDU) betont, Verkehrs- und Antriebswende seien wichtige Themen dieser Koalition. Batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge und Plug-in-Hybride könnten dazu einen relevanten Beitrag leisten. Derzeit gebe es in der Stadt 70 000, die Prognose für 2030 liege bei etwa 400 000. Dies zeige die Herausforderungen nicht nur bei der Anzahl der Ladepunkte, sondern auch bei der Stromversorgung. Die Gesamtstrategie Ladeinfrastruktur sei vor Kurzem veröffentlicht worden, sodass das Ganze noch einmal thematisiert werden sollte.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) berichtet, dass die Gesamtstrategie Ladeinfrastruktur am 16. April beschlossen worden sei. Diese sei in enger Zusammenarbeit mit SenWiEnBe sowie mit Unterstützung der eMO und einer Vielzahl von Akteuren entstanden. Dabei seien Bedarfe, Ausbaumöglichkeiten, strategische Ansätze, die Alltagsarbeit und Probleme des Denkmalschutzes betrachtet worden. Die Gesamtstrategie beinhalte ein Mengengerüst und eine Reihe von Maßnahmen. Der Fokus liege in Zukunft vor allem auf der privaten Ladeinfrastruktur; seit 2022 seien 7 Mio. Euro privat investiert worden. Private Betreiber sollten unterstützt werden. Man müsse sich noch stärker mit Ladebedarfen schwerer Nutzfahrzeuge befassen. Im öffentlichen Raum sei einiges erreicht worden, man wolle noch mehr erreichen. Die Ladepunkte im öffentlichen Raum seien 2023 verdoppelt worden. Ab dem dritten Quartal 2024 werde ein neues Kontingent von 1 000 Ladepunkten verschiedener Art freigegeben. Dabei werde der Stadtrand besonders in den Blick genommen. Im Stadtgebiet arbeite man mit Hochdruck an der Verbesserung eines flächendeckenden Basisangebotes. Verkehrswende sei auch eine Antriebswende, und dafür brauche man Elektromobilität.

Antje Kapek (GRÜNE) bemerkt, mit der neuen Strategie des Senats habe ein Umdenken stattgefunden, um sich mit effizienteren Lademöglichkeiten in Kooperationen den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Die Wirtschaft bei der Umstellung auf Zero-Emission-Technologies zu fördern, sei der richtige Weg.

Kristian Ronneburg (LINKE) begrüßt die Strategie. Seine Fraktion sehe vor allem die Notwendigkeit, den Zugang zu Ladeinfrastruktur in verdichteten Gebieten ohne eigene Parkplätze zu ermöglichen, um die Umstellung des Autoverkehrs auf Elektromobilität in der Mieterstadt Berlin voranzubringen. Es dürften nicht nur Ein- und Zweifamilienhausgebiete mit Infrastruktur versorgt werden. Offensichtlich gebe es Defizite bei der Beteiligung von Menschen mit Behinderung. Das Papier enthalte keine Anforderungen an Barrierefreiheit für den öffentlichen Raum bzw. unklare Anforderungen für den privaten, aber öffentlich zugänglichen Raum, z. B. beim Anteil der barrierefreien Ladepunkte. Wer sei an der Strategie beteiligt worden? Inwieweit seien die entsprechenden Arbeitsgruppen eingebunden worden? Blieben barrierefreie Ladepunkte Menschen mit Behinderung vorbehalten? Bei der Genehmigung von Sondernutzungen werden nur auf die untere Denkmalschutzbehörde, nicht auf die Beauftragten rekurriert. Wie reagiere der Senat auf die Kritik?

Tino Schopf (SPD) äußert Lob für die Erstellung der Gesamtstrategie in Zusammenarbeit mit vielen Institutionen und Stakeholdern. Welche wichtigsten Hebel und Maßnahmen ergäben sich nun aus der Gesamtstrategie?

Norman Döge (SenMVKU) erläutert, angesichts der vielen Details im öffentlichen Raum sei dies nicht explizit adressiert. Für die Umsetzung habe noch ein verlässlicher Standard gefehlt. In einer Arbeitsgruppe mit dem Deutschen Institut für Normung und zwei weiteren Städten werde intensiv an einem Standard für das öffentlich zugängliche und private Laden gearbeitet. Die Anhörungsphase werde im Juni enden. Danach könne man sich an die Umsetzung machen. Wichtig sei die Genehmigungsfähigkeit, damit es nicht nur Vorgaben auf dem Papier gebe. Zu betrachten seien immer die räumlichen und technischen Voraussetzungen, für die man geeignete Hersteller finden müsse. Im Hinblick auf eine Mindestabdeckung im öffentlich zugänglichen Raum existierten bereits Vorgaben. Wichtig sei auch, die Informationen über barrierefreie Ladepunkte für die Nutzenden zusammenzutragen.

Hartmut Reupke (SenMVKU) ergänzt, Berlin sei Vorreiter beim diskriminierungsfreien Zugang zu Ladesäulen gewesen und sei dies nun beim Thema Barrierefreiheit. Mit allen Beteiligten werde intensiv daran gearbeitet, das Thema voranzubringen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechungen ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Das 29-Euro-Ticket kehrt zurück
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0268
Mobil |
| b) | Antrag der Fraktion die Linke
Drucksache 19/0996
Berliner Semesterticket retten! | 0140
Mobil(f)
Haupt
WissForsch |

- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1395
Ausstellung des Berechtigungsnachweises (zuvor berlinpass) vereinfachen [0237](#)
Mobil
ArbSoz(f)
- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1561
Gleichberechtigung von Auszubildenden mit Studierenden – vergünstigtes Deutschlandticket auch für Azubis einführen [0270](#)
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
Mobil
- e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1640
Mobilität für Familien sicherstellen – vergünstigtes Deutschlandticket auch für Schüler*innen einführen [0274](#)
Mobil

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.